

Presse

Eine kleine Zusammenstellung von Zitaten aus dem Medienecho des IAB

[dpa]

„Zuwanderung beschert deutschen Arbeitskräften langfristig steigende Löhne und sinkende Arbeitslosigkeit – wenn auch nur in bescheidenem Umfang. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg hervor, die am Mittwoch veröffentlicht wurde. Verlierer sind demnach bereits in Deutschland lebende Ausländer – mit fallenden Löhnen und einem höheren Risiko, arbeitslos zu werden.“

dpa vom 22.12.2010

[Der Spiegel]

„Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht davon aus, dass mehr als die Hälfte der Ein-Euro-Jobber tüchtige Leute sind, die aus dem Stand fähig wären, in ganz normalen Jobs zu arbeiten, wenn sie nur eine Bewährungschance bekämen. Das ergab eine IAB-Umfrage bei Unternehmern, die Ein-Euro-Jobber eingestellt hatten.“

Der Spiegel vom 3.1.2011

[Süddeutsche Zeitung]

„Flexible Arbeitszeiten haben im Jahr 2010 in erheblichem Maße dazu beigetragen, dass die deutsche Wirtschaft nach der Krise so schnell wieder hohe Wachstumsraten erreichen konnte. Das berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer nahm um 2,3 Prozent zu, etwa durch die Beendigung von Kurzarbeit, die Rückkehr zu betriebsüblichen Arbeitszeiten sowie den

Aufbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten und mehr Überstunden.“

Süddeutsche Zeitung vom 22.1.2011

„Präventive Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Gesundheit sind entscheidend für eine lange Lebensarbeitszeit“

Ulrich Walwei

[Süddeutsche Zeitung]

„Präventive Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Gesundheit sind entscheidend für eine lange Lebensarbeitszeit und damit für ein existenzsicherndes Alterseinkommen. Dagegen steht bislang, dass Ältere zu wenig an der Weiterbildung beteiligt sind. Auch Weiterbildungsabstinenz in jüngeren Jahren erschwert die Qualifizierung im fortgeschrittenen Alter und bedeutet damit ein Risiko für die dauerhafte Beschäftigung. Ein weiteres Element einer vorausschauenden Beschäftigungspolitik ist ein besonderer Fokus auf die Humanisierung der Arbeitsbedingungen. Altersgruppenbezogene Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik bewegen sich dabei auf einem schmalen Grat, weil Fördermaßnahmen stigmatisierend wirken können. Gehen sie mit einem positiven Marketing einher, sind sie insbesondere in einer Übergangsphase geeignet, den notwendigen Mentalitätswandel zu befördern.“

Gastbeitrag von Ulrich Walwei in der Süddeutschen Zeitung vom 7.2.2011

[Frankfurter Rundschau]

„Gründe für den Vorsprung der Frauen in Ostdeutschland seien unter anderem eine bessere Kinderbetreuung und Unterschiede in der Lebensplanung, sagte IAB-Autorin Corinna Kleinert. Frauen im Osten seien zum einen jünger, wenn sie Kinder bekommen. Dadurch würden sich intensive Kinderbetreuung und Karrierephase weniger überlagern. Außerdem würden sie ‚viel öfter Vollzeit arbeiten, auch wenn sie Kinder haben‘, so Kleinert – das erhöhe die Chancen auf eine Führungsposition.“

Frankfurter Rundschau vom 9.2.2011

[Spiegel Online]

„Die Zahl der offenen Stellen habe Ende 2010 die Millionengrenze erreicht, teilte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit. Im Westen gab es im vierten Quartal demnach rund 850.000 vakante Posten, im Osten knapp 150.000. Im Westen lag der Anstieg binnen Jahresfrist bei 29 Prozent, im Osten bei sieben Prozent. Aufgrund der geringeren Exportabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft sei der Einbruch während der Wirtschaftskrise nicht so stark gewesen, sagte IAB-Arbeitsmarktexpertin Anja Kettner zur Begründung.“

Spiegel Online vom 16.2.2011

[Handelsblatt]

„Neben ihren direkten ökonomischen Effekten hat die Kurzarbeit in der Krise auch enorme positive psychologische Wirkungen gehabt, ist

IAB-Direktor Joachim Möller überzeugt. Denn hätten die ersten Unternehmen angefangen, im großen Stil Personal auf die Straße zu setzen, wäre eine Entlassungswelle nicht mehr zu stoppen gewesen.“

Handelsblatt vom 21.2.2011

[dapd]

„Möller verwies darauf, dass die Veränderung der Arbeitswelt hin zu mehr atypischen Jobs nicht zwangsläufig sei. ‚Der Wandel der Erwerbstätigkeit ist nicht naturgegeben‘, sagte der Institutschef. Neben besseren Kinderbetreuungsangeboten und einer stärkeren Steuerfinanzierung verwies Möller vorrangig auf das Zeitarbeits-Schlagwort Equal Pay. Wer für eine Zeitarbeitsfirma tätig sei, müsse das Gleiche verdienen wie die Kollegen in dem Betrieb, in dem er eingesetzt werde. Die Einführung dieser Regelung solle aber in drei Stufen erfolgen und sich auf ein halbes Jahr hinziehen. Eine Anpassung der Löhne gleich vom ersten Tag des Beschäftigungsverhältnisses an schloss er aus.“

dapd vom 3.3.2011

[Financial Times Deutschland]

„Trotz der Zunahme von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Minijobs ist das sogenannte Normalarbeitsverhältnis in Deutschland noch immer der Regelfall – allerdings mit abnehmender Tendenz. Hatten vor 15 Jahren noch rund 66 Prozent der Erwerbstätigen unbefristete Vollzeitstellen, waren es zuletzt noch etwa 60 Prozent. Dies berichtete das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) am Donnerstag in Berlin. IAB-Chef Joachim Möller warnte vor einer fortschreitenden Spaltung des Arbeitsmarkts. ‚An den Rändern bröckelt es‘, sagte er. Dies betrifft vor allem die 20 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnssektor mit meist geringer Qualifikation.“

IAB-Vizedirektor Ulrich Walwei sagte, das Normalarbeitsverhältnis mit Kündigungsschutz sei zwar nicht mehr so dominierend wie früher, aber es sei ‚kein Auslaufmodell‘.“

Financial Times Deutschland vom 4.3.2011

[Neue Presse]

„Der Vizechef des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Ulrich Walwei, hat auf der CeBIT vor einer drohenden Spaltung des Arbeitsmarktes gewarnt. Im Zuge des Bevölkerungsrückganges bestehe die Gefahr des Fachkräftemangels bei verfestigter Arbeitslosigkeit. Das Arbeitskräfteangebot werde von bundesweit jetzt rund 44 Millionen Menschen bis 2025 auf etwa 40 Millionen zurückgehen. Gleichzeitig drohe insbesondere bei Niedrigqualifizierten und Ungelernten eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit.“

Neue Presse vom 7.3.2011

„Neben ihren direkten ökonomischen Effekten hat die Kurzarbeit in der Krise auch enorme positive psychologische Wirkungen gehabt“

Joachim Möller

[Süddeutsche Zeitung]

„Jedes vierte Kind in Deutschland lebt in einer Familie mit großen finanziellen Schwierigkeiten. Das zeigt eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Demnach erhielten im September 2010 etwa 16 Prozent aller Kinder Hartz-IV-Leistungen. Weitere zehn Prozent der Kinder haben Eltern, die zwar nicht von Hartz IV leben, aber dennoch als arm gelten, weil sie weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens erzielen. Armut trifft Kinder von Einwanderern besonders stark: Fast 40 Prozent aller Hartz-

IV-Kinder wachsen in einer Migrantenfamilie auf. Auch bei Alleinerziehenden ist das Risiko erhöht: Die Hälfte aller hilfsbedürftigen Kinder lebt mit nur einem Elternteil zusammen.“

Süddeutsche Zeitung vom 18.3.2011

[Frankfurter Rundschau]

„Jede dritte bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Stelle ist momentan eine Zeitarbeitsstelle. ‚Der Vorteil von Zeitarbeit für die Unternehmen ist, dass sie ihre Belegschaft flexibel und synchron zu ihrem Bedarf anpassen können‘, erklärt Florian Lehmer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Für gleiche Arbeit erhalten Zeitarbeiter allerdings im Schnitt zwischen 15 und 20 Prozent weniger Geld als ihre festangestellten Kollegen.“

Frankfurter Rundschau vom 19.3.2011

[Bild]

„Die Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahr auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren fallen! Das erwartet das Institut IAB der Bundesagentur für Arbeit. Demnach soll die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 320.000 auf 2,93 Millionen sinken. Die Zahl der Erwerbstätigen wächst laut Prognose um 360.000 auf 40,84 Millionen und erreicht damit ein neues Rekordhoch.“

Bild vom 23.3.2011

[Frankfurter Allgemeine Zeitung]

„Derzeit gibt es keine Anzeichen für einen besorgniserregenden flächendeckenden Mangel an Fachkräften‘, schreibt das IAB. Mittelfristig werde man dem deutlich sinkenden Arbeitsangebot aber begegnen müssen. ‚Dies kann Lohnanreize ebenso umfassen wie Weiterbildung, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie gesteuerte Zuwanderung.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.3.2011